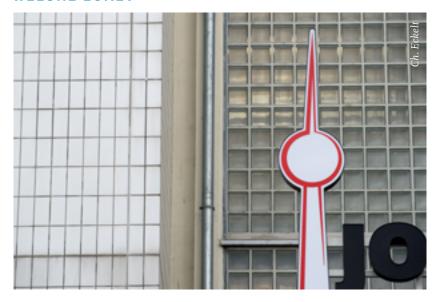
CKC müllerstraße

zeitung für das »lebendige zentrum« und sanierungsgebiet müllerstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos. Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



2 — ECKE MÜLLERSTRASSE ECKE MÜLLERSTRASSE— 3

WELCHE ECKE?



Wo hat unser Fotograf Christoph Eckelt dieses Foto aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir einen Gutschein über 20 Euro für das Kino Alhambra. Schicken Sie uns Ihre Antwort bitte per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Müllerstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 10. April 2023. Das Bilderrätsel in der Ecke Müllerstraße 6/2022 zeigte das Jobcenter Müllerstraße. Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern. Den Kinogutschein hat Ronald Schnell gewonnen – herzlichen Glückwunsch!

Leo lebenswert

Demo am Sonntag, 26. Februar, 15 Uhr

Am Sonntag, dem 26. Februar veranstaltet die Initiative #WIRamLEO eine Demonstration rund um den Leopoldplatz. Sie soll um 15 Uhr beginnen, Treffpunkt ist der Bereich vor dem U-Bahn-Eingang auf dem vorderen Leopoldplatz.

#WIRamLEO ist ein Zusammenschluss von Anwohnern und -innen sowie Gewerbetreibenden aus dem Bereich um den Leopoldplatz, der sich schon seit mehreren Monaten regelmäßig trifft. »Wir sehen mit Besorgnis, wie der Platz in jeder Hinsicht verkommt. Deshalb müssen Strukturen geschaffen werden, um kurz- und langfristig einen Lebensraum zu gestalten, der allen zum Leben Raum gibt«, schreiben sie. »Das beginnt bei den Drogenkonsumenten. Sie brauchen nicht nur Konsumräume mit sauberen Instrumenten, sondern auch medizinische Betreuung. Sie brauchen vor Ort wesentlich mehr soziale Beratung und Hilfe in ihrem Alltag. Es geht um unsere Kinder. Ihnen soll ein Umfeld geboten werden, in dem sie an positiven Vorbildern lernen und ohne Angst vor Bedrohung, ohne die Gefahr, sich an herumliegenden Spritzen zu verletzen, spielen können. Offener Drogenkonsum darf nicht zum Alltag der Kinder gehören!«

Zehn Jahre nach dem Abschluss der Sanierung des Platzes sei das Fazit mehr als ernüchternd. Der Leopoldplatz habe sich in eine Richtung entwickelt, die mit den ursprünglichen Zielen nichts mehr zu tun hat. Die Initiative fordert einen neuen Anlauf und ein neues Konzept für den Leopoldplatz, das »mit langem Atem (Bezirk) und finanziell gesichert (Senat) « umgesetzt werden müsse.

Kontakt: wiramleo@gmail.com Siehe auch Seite 10

Die nächste Ausgabe

der Ecke erscheint Ende April 2023.

INHALT

Seite 3 Architekturkonzepte für Karstadt

Seite 4 Neue Büros mit hohen Mieten

Seite 5 Noch mehr Büros am Kanal

Seite 6 Fällungen und Gehölzschnitt

Seite 7 Bezirk will Abriss der Anna-Lindh-Schule

Seite 8 mensch.müller wählt zu

Seite 9 Neuer Pavillon auf dem Leo im März

Seite 10 Penny zieht ins Leopold-Center

Aus dem Bezirk Mitte:

- Seite 11 Bezirk kämpft gegen Leerstand
- Seite 12/13 Kompakte Stadt der kurzen Wege
- Seite 14 Sie hatten die Wahl

Seite 15 Gebietsplan und Adressen

Seite 16 Eckensteher

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder,

Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, eckemueller@gmx.net

Fotoredaktion:

Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung:

capa, Anke Fesel, www.capadesign.de **Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH,

www.berliner-zeitungsdruck.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verant-

wortlich.

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Müllerstraße« sind abrufbar unter: www.muellerstrasse-aktiv.de

Innovative Konzepte gesucht

Das Karstadt-Gebäude soll weiterhin als Warenhaus genutzt werden

Während bundesweit immer neue Horrorzahlen über die bevorstehende Schließung von Warenhäusern der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH durch die Medien gehen, scheint die Zukunft des Standortes Leopoldplatz gesichert: Hier sind acht international agierende Architekturbüros dabei, innovative Konzepte für eine zukunftsfähige Nutzung der Immobilie auszuarbeiten – und ausdrücklich auch als Warenhaus. Im Mai werden der Öffentlichkeit erste Vorschläge präsentiert.

Fast die Hälfte der Warenhäuser der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH sollen in Deutschland vor der Schließung stehen, vermeldete die Süddeutsche Zeitung im Januar, etwa 60 von 131 Standorten seien betroffen. Doch als im Februar das Insolvenzverfahren eröffnet wurde, erbat sich der Insolvenzverwalter noch einige Wochen Zeit, bis er Details bekannt geben könne. So lange fänden noch Verhandlungen mit den Vermietern statt, die auf bis zu 50% ihrer Mieteinnahmen verzichten müssten.

Am Standort Leopoldplatz wurden solche Gespräche bereits seit längerer Zeit geführt. Denn dort ist die Eigentümerin von Galeria, die österreichische Signa-Gruppe, seit dem vergangenen Frühjahr zu 50% als Miteigentümerin in die Immobilie eingestiegen. Und jetzt ist sie dabei,



zusammen mit dem Bezirk in einem öffentlichen Verfahren ein Konzept für die künftige Entwicklung des Areals zu erarbeiten, das den Erhalt eines Großteils der Einzelhandelsflächen vorsieht. Es hätte also auch schlimmer kommen können: Auf dem Grundstück des Karstadt in der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg zum Beispiel will der private Eigentümer das Warenhaus abreißen und Wohnund Geschäftshäuser errichten.

Mit dem Bezirk Mitte gab es bereits einen Fachworkshop, an dem auch die Stadtteilvertretung Müllerstraße beteiligt war. Und am ersten Dezember fand ein öffentliches Planungscafé statt. Im Januar wurden wie angekündigt mehrere international agierende Architekturbüros hinzugezogen, die jetzt erste Ideenskizzen ausarbeiten. Insgesamt acht renommierte Büros beteiligen sich an der ersten Phase des Auswahlverfahrens – ein wahrhaft imposanter Aufmarsch preisgekrönter architektonischer Kompetenz, der auch das erfahrene Stadtplanungsamt Mitte beeindrucken dürfte. Dabei kommen drei der acht Büros aus Skandinavien (White Arkitekter aus Göteborg, Henning Larsen aus Kopenhagen und C.F. Møller aus Arhus), eines aus den Niederlanden (OMA aus Rotterdam, das Büro von Rem Koolhaas), eines aus Österreich (Baumschlager Eberle), eines aus Köln (caspar.schmitzmorkramer) und zwei aus Berlin (Grüntuch Ernst Architekten und Jasper Architects). Die Projektentwickler von Signa scheinen in der international aktiven Architekturszene des nördlichen Europas einen hervorragenden Ruf zu genießen.

Im weiteren Verlauf des Verfahrens wird sich die Anzahl der teilnehmenden Büros noch reduzieren. Öffentlich präsentiert werden im Mai wohl nur drei oder vier Vorschläge, und zwar direkt am Tag vor der Entscheidungsrunde der Fachjury über den Siegerentwurf. An diesem strategisch wichtigen Zeitpunkt hat also auch die lokale Öffentlichkeit noch einmal die Möglichkeit, sich an der Debatte zu beteiligen und ihre Sichtweise einzubringen.

In die Aufgabenstellung an die Architekturbüros sind die Ergebnisse des Fachworkshops und des öffentlichen Planungscafés eingeflossen. Dabei wurden die Büros aufgefordert, innovative Konzepte für eine zukünftige Warenhausnutzung zu entwickeln. Die bleibt also weiterhin die wichtigste Funktion dieses zentralen Weddinger Grundstücks mit Zugang zu zwei U-Bahnlinien. Ergänzt werden soll die Warenhausnutzung um weitere Nutzungsarten: neben Büros sind das auch förderfähiges Wohnen, kleinteiliger Einzelhandel im Erdgeschoss an der Müllerstraße und gemeinwohlorientierte Elemente.

Vertreter und -innen der Architekturbüros haben sich mit den örtlichen Gegebenheiten bereits vertraut gemacht. Dazu gehören auf der einen Seite die Büro-Immobilienprojekte, die vor allem im Bereich um den U- und S-Bahnhof Wedding und am Kanal aus dem Boden schießen und den Wedding in Zukunft nachhaltig prägen werden. Und auf der anderen Seite treten am Leo auch die Schattenseiten der Metropole offen zutage wie etwa ihre Anziehungskraft auf Suchtkranke. Ob das eine oder andere Büro einen Vorschlag macht, wie Architektur hier einen Beitrag leisten könnte? Auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für Sozialprojekte am Leo (beziehungsweise nach Vermietern, die bereit dazu sind, diese aufzunehmen) ist der Bezirk Mitte schon lange.



Ende des Jahres bezugsfertig

Für das Bürohaus Müllerstraße 13–14 hat die Vermietung schon begonnen

Gegen Ende des Jahres soll das neue Bürohaus in der Müllerstraße 13 und 14 fertig gestellt sein. Auf knapp 10.000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche könnten dann in den sechs Obergeschossen, die sich bis tief in den Blockinnenbereich ziehen, grob geschätzt etwa 500 Menschen arbeiten. In der Erdgeschosszone soll ein Café eröffnen, im Keller ist eine Tiefgarage eingerichtet. Bauherr ist die Ideal Versicherung, die federführenden Architekten des Projekts sind Alvaro Vargas und Hanyoung Lee vom Planungsbüro Vlötzer

Im Internet findet man bereits Mietangebote für das Objekt. So bietet der renommierte Immobilienmakler Engel & Völkers aus Hamburg hier mehrere große Büroflächen von über 1000 Quadratmetern ab dem 1. Dezember 2023 für eine Kaltmiete von 27 Euro pro Quadratmeter an. Das ist für einen Neubau in unmittelbarer Nähe eines Kreuzungsbahnhofs der Ringbahn und einer zentralen U-Bahn-Linie sogar noch günstig. Genauso viel verlangt der selbe Makler zum Beispiel für ähnlich dimensionierte, aus Handelsflächen umgewandelte Büroflächen im deutlich schlechter an den ÖPNV angeschlossenen Shopping-Center »Schultheiss-Quartier« in der Nähe des U-Bahnhofs Turmstraße oder im nun auch schon rund 25 Jahre alten Neubau auf dem Areal der ehemaligen Meierei Bolle am Moabiter Spreebogen, wo zwischen 1999 und 2015 das Bundesinnenministerium residierte. Dennoch: In Kreuzberg, Friedrichshain und Prenzlauer Berg werden derzeit ähnliche Preise für den Erstbezug neu errichteter Büroimmobilien aufgerufen. Der Weddinger Büro-Immobilienmarkt scheint sich

also in preislicher Hinsicht zumindest im Umfeld der Ringbahn an das Niveau seiner Nachbarschaft angenähert zu haben. In zentralen Berliner Toplagen wie dem Gendarmenmarkt, dem Ku'damm oder dem Leipziger Platz werden derzeit dagegen für große Büroflächen bis zu 45 Euro pro Quadratmeter nettokalt verlangt.

Alte Straßennamen noch bis Mai

Die Schilder mit den alten Straßennamen im Afrikanischen Viertel bleiben noch bis Mai hängen. Das teilte der zuständige Bezirksstadtrat Carsten Spallek in einer Pressemitteilung mit. Für die Anwohnenden des Manga-Bell-Platzes und der Cornelius-Fredericks-Straße bietet danach das Bürgeramt Sondertermine zur Adressänderung im Personalausweis an, die ausschließlich über die Servicenummer 115 vermittelt werden. Erst ab März können über dieselbe Nummer auch Sondertermine im Bürgeramt für eine Adressänderung in der KfZ-Zulassungsbescheinigung vereinbart werden. Das war in einer Bürgerinformation noch anders dargestellt worden. Die Wahlen am 12.Februar hatten die Personalkapazität des Bürgeramtes jedoch zu stark in Beschlag genommen, um diesen Service schon früher anbieten zu können.

Amrumer Straße »angeradelt«

Das Radwegenetz in Berlin-Mitte ist um eine neue Verbindung reicher. Bezirksstadträtin Dr. Almut Neumann und die Staatssekretärin für Mobilität in der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz Dr. Meike Niedbal haben am 28. Dezember den neuen Radstreifen der Amrumer Straße »angeradelt«.

Zwischen Föhrer Straße und Seestraße hat das Straßenund Grünflächenamt Mitte einen mehr als 1100 Meter langen und 2,30 Meter breiten Fahrradweg geschaffen. Richtung Norden steht dem Radverkehr ein eigener Fahrstreifen mit Sicherheitstrennstreifen zu den parkenden Kfz zur Verfügung. In Südrichtung ist ein durch Poller geschützter Radfahrstreifen entstanden. Damit ist eine wichtige Nord-Süd-Verbindung für den Radverkehr geschaffen worden. Bezirksstadträtin Dr. Almut Neumann ist sichtlich stolz auf das Erreichte: »Der neue Radweg in der Amrumer Straße zeigt, dass die Verkehrswende im Wedding voran geht. Mit der Müllerstraße und dem Kiezblock im Bellermannkiez haben wir 2022 bereits wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht. Auch 2023 werden wir weiter dafür sorgen, dass das Straßennetz im Bezirk so umgestaltet wird, dass sich Radfahrende dort sicher und gut bewegen können.«

Silicon Valley am Sprengelkiez

Am Kanalufer entsteht der Gewerbecampus »Berlin Decks«

Die Baustelle liegt zwar schon im Ortsteil Moabit, die künftigen Nutzer werden sich aber zum Sprengelkiez hin orientieren. Auf insgesamt 42.000 Quadratmetern Gesamtfläche entsteht am Friedrich-Krause-Ufer der Gewerbepark »Berlin Decks«. Das ehemalige Industriegelände der Thyssen-Krupp Schulte Aufzugswerke wird zum Campus für »kreative Unternehmen«. Ein hochkarätiger Hauptmieter ist schon gefunden.

Zwischen der Ausländerbehörde und dem Heizkraftwerk Moabit auf der dem Nordufer gegenüberliegenden Seite des Berlin-Spandauer Schifffahrtskanals war im vergangenen Sommer Grundsteinlegung. Anfang 2024 sollen die ersten Gebäude fertig sein, das gesamte Projekt soll 2025 in Betrieb gehen. Weit mehr als tausend gut verdienende Fachkräfte werden hier künftig arbeiten.

Der Sprengelkiez ist durch den Fußgängersteg über den Kanal direkt an den Gewerbepark angebunden. Über diesen Steg führt auch der Weg zur nächstgelegenen Haltestelle des ÖPNV: vom Haupteingang des Campus bis zum U-Bahnhof Amrumer Straße sind es etwa 500 Meter, der S-Bahnhof Westhafen ist 200 Meter weiter entfernt, die nächstgelegene Bushaltestelle an der Fennbrücke etwa genauso weit. Der direkte Weg nach Moabit dagegen ist durch die Ringbahn blockiert. Der Projektentwickler BEOS AG wirbt auf der Website »berlindecks.de« denn auch mit der Lage am Kanal und der Anbindung an den Sprengelkiez: »Vom Haupteingang des Geländes gelangt man nicht nur zum Ufer, wo eine Mittagspause möglich ist, sondern über die Torfstraßenweg-Fußgängerbrücke direkt in den lebendigen Sprengelkiez, der mit zahlreichen Cafés, Bars

und Restaurants zum neuen Szeneviertel Weddings zählt. Zentral und Teil des urbanen Lebens – das ist Berlin Decks.« Gleich neben dieser Investorenlyrik kann man sich auf der Website eine »Neighborhoodmap« für den Wedding und Moabit herunterladen, auf der »Neighborhood Favorites« in den Kategorien Restaurants, Cafés, Bars, Shops, Culture und Activities eingezeichnet sind.

Den Cafés, Bars und Restaurants im »Szeneviertel« kann man nur raten, sich bis zum kommenden Jahr zumindest mit einer englischsprachigen Speisekarte auszustatten. Denn wenn der Projektentwickler explizit eine englischsprachige »Neighborhoodmap« für seine Website bezahlt, dann rechnet er mit einer internationalen Mitarbeiter-Mischung auf dem Gelände – etwa IT-Fachkräften aus allen möglichen Ländern.

Der erste Großmieter, den der »Decks' Blog« auf der Website feiert, spricht jedenfalls schon mal dafür: der Software-Entwickler »Mbition«, eine hundertprozentige Tochter der Mercedes-Benz-Group-AG, wird rund 60 Prozent der Mietfläche in Beschlag nehmen. Bislang nennt Mbition als Geschäftsstelle die Dovestraße 1 im unmittelbaren Umfeld der TU Berlin und als Hauptziel der erst im Jahr 2017 gegründetem GmbH: »Software-Entwicklungs-Knowhow in die Mercedes-Benz Gruppe« zu bringen.

Und Mbition scheint sehr schnell zu wachsen. Auf der Website der Mercedes-Benz Group, auf er die Berliner Tochterfirma vorgestellt wird, ist im Fließtext von weltweit 200 Mitarbeitern die Rede, im Fact Sheet daneben schon von 600. Die Zahl der offenen Stellen wird mit 87 angegeben – alle am Standort Berlin, dem »Silicon Valley Europas«. Klickt man auf die 87, dann kommt man zu den konkreten Stellenangeboten und die Seite schaltet sich automatisch in den englischen Sprachmodus.

Doch zurück zu den Berlin Decks: Der Projektentwickler rühmt in seiner Projektdarstellung ausgiebig die Flexibilität der angebotenen Flächen. »Anstelle von statischen Bürosituationen und festen Arbeitsplätzen werden heute offene wie anpassbare Räume benötigt, die gemeinsames Arbeiten und Coworking ermöglichen.« Soweit wie viele andere Entwickler im inneren Stadtbereich von Berlin geht BEOS allerdings nicht: Es entstehen keine Wohnungen auf dem Gelände. Das Projekt ist also kein Musterbeispiel für die »kompakte Stadt der kurzen Wege« (Seite 12). Vermutlich war das baurechtlich nicht möglich: Schon der Lärm der Ringbahn hätte Wohnungsbau auf dem Grundstück zumindest sehr erschwert, die angrenzenden Industriebetriebe haben ihn aber wohl definitiv verhindert. Das Gefahrenpotenzial einer Vertriebsstelle für technische Gase lässt Wohnungsbau direkt nebenan nicht zu - und auch Vattenfall als Betreiberin des (noch) mit Steinkohle und Biomasse befeuerten Heizkraftwerks Moabit hätte dem wohl kaum zugestimmt.



6 — ECKE MÜLLERSTRASSE

Baumfällungen am Weddingplatz

Auch die Gehölze werden im Februar beschnitten

Die Bauarbeiten zur Neugestaltung des Weddingplatzes beginnen vermutlich im Mai. Das Ausschreibungsverfahren der dazu erforderlichen Gewerke hat bereits stattgefunden, die Entscheidung war bis Redaktionsschluss aber noch nicht gefallen. Deshalb könnte es unter Umständen noch zu Verzögerungen kommen.

Stattgefunden haben aber schon bauvorbereitende Maßnahmen: Insgesamt 17 Bäume mussten gefällt und die Strauchanlagen rund um die Dankeskirche mussten zurückgeschnitten werden. Die Vitalität der vorhandenen Vegetation war im Rahmen der Planung durch Baumgutachten fachlich beurteilt und die Erforderlichkeit der Fällungen im Zusammenhang mit der Neugestaltung sorgfältig abgewogen und auf ein Mindestmaß begrenzt worden. Im Gegenzug zu den Fällungen werden zudem insgesamt 49 neue Bäume auf dem Weddingplatz und auf dem Endstück der Reinickendorfer Straße gepflanzt, so dass am Ende die Vegetation in dem Gebiet in der Bilanz sehr deutlich zunimmt.

Baumfällungen und Rückschnitte von Gehölzen werden in der Regel im Winter vorgenommen, denn im März beginnt die Nistperiode der heimischen Vögel. Deshalb sieht man im Februar sehr viel häufiger solche Arbeiten auf öffentlichen und privaten Flächen. In den Grünanlagen führt das Straßen- und Grünflächenamt in diesem Zeitraum verstärkt größere Gehölzschnitte durch. Denn einerseits müssen die Verkehrswege freigehalten werden und andererseits die Gehölze auch regelmäßig zurückgesetzt und verjüngt werden. Dabei kann die Gesamthöhe der Gehölze um bis zu einem Drittel verkürzt werden. Hierbei wird regel-



mäßig die Bestandsvegetation in den Bereichen artenschutzrechtlich auf aktuelle oder ältere Vogelnester und andere Aktivitäten von Brutvögeln geprüft. Im Zuge des Artenschutzes werden die Schnittmaßnahmen an den Gehölzen zudem nicht jährlich, sondern über mehrere Jahre verteilt ausgeführt. Das Schnittgut wird gehäckselt und verbleibt zumeist auf den Flächen.

Straßenbaum-Bilanz endlich wieder positiv

Mehr Straßenbäume im Bezirk Mitte gepflanzt als gefällt

Für das Jahr 2022 verzeichnet der Bezirk Mitte eine positive Bilanz bei den Straßenbäumen: 267 Fällungen stehen insgesamt 410 Neupflanzungen gegenüber. Dabei setzt das Straßen- und Grünflächenamt auf Baumsorten, die mit den sich verändernden klimatischen Bedingungen gut zurechtkommen.

Straßenbäume in der Stadt sind extremen Bedingungen ausgesetzt. Versiegelte Böden, Hitze, Trockenheit, Schädlinge und Schadstoffe setzen ihnen zu. Der Klimawandel verstärkt den Stress zusätzlich. Dabei sind Bäume in der Stadt unentbehrlich, um dessen Folgen abzumildern. Sie spenden Schatten, sorgen über ihre Verdunstung für Abkühlung und sind wichtige Lebensräume für Tiere.

Bei den Nachpflanzungen setzt das Straßen- und Grünflächenamt Mitte verstärkt auf Baumsorten, die mit den sich verändernden klimatischen Bedingungen gut zurechtkommen. Sorten wie Europäische Hopfenbuche, Hainbuche, Feldahorn, Bergahorn, Stieleiche, Silberlinde und Ulme sind besser an längere Hitze- und Trockenperioden angepasst. Hilfreich sind darüber hinaus auch Feuchtigkeitssensoren, die anzeigen, wann ein Baum gewässert werden muss.

Im vergangenen Jahr ist es dem Bezirk Mitte gelungen, einen langjährigen Trend zu brechen: In den Jahren 2012 bis 2019, so weist eine Studie der Umweltorganisation BUND nach, war die Straßenbaum-Bilanz in Mitte noch negativ. Etwa 2500 gefällten Straßenbäumen in diesem Zeitraum standen nur etwa 2000 neu gepflanzte gegenüber. Und Mitte stach dabei unter den Berliner Bezirken mit »nur« 1,24 Fällungen pro gepflanzten Baum noch positiv hervor. In allen anderen Bezirken war die Bilanz noch schlechter. »Auch für 2023 haben wir uns in Mitte das Ziel gesetzt, mehr Bäume an den Straßen zu pflanzen«, erklärt jetzt die zuständige Bezirksstadträtin Dr. Almut Neumann. »Mit der Entsiegelung von Flächen schaffen wir zusätzliche Versickerungsflächen, von denen unsere Bäume profitieren, und sorgen für mehr biologische Diversität entlang unserer Straßen und in unseren Parks.«

Abriss beantragt

Trotz Denkmalschutz: Bezirk favorisiert Neubau der Anna-Lindh-Grundschule

Der Bezirk Mitte hat beim Landesdenkmalamt Berlin den Abriss der kompletten Anna-Lindh-Grundschule beantragt und favorisiert einen Neubau am Standort Guineastraße 17. Die Schule ist derzeit wegen Schimmelbefalls gesperrt. Auch die Kinder der Jahrgangsstufen eins und zwei, die noch in einem Container am dem Standort Unterricht haben, sollen ab dem kommenden Schuljahr im Ersatzgebäude am Saatwinkler Damm 42–43 (ehemals Air Berlin) zur Schule gehen.

Die Anna-Lindh-Grundschule (ehem. Goethepark- und Rehberge-Grundschule) wurde einschließlich des Hausmeister-Wohnhauses und des Schulkindergartens in den Jahren 1955–59 vom Hochbauamt Wedding errichtet und ist als ein gesetzlich geschütztes Denkmal in der Denkmalliste Berlins eingetragen. Trotz mehrjähriger Maßnahmen zur Schimmelbekämpfung sperrte das Gesundheitsamt Mitte am 03. August 2022 die Räumlichkeiten. Mit Unterstützung des Landes wurde der Schulbetrieb in einem Kraftakt zum Schuljahresbeginn 2022/2023 in ein privates Mietobjekt in Charlottenburg-Nord ausgelagert. Die Schülerinnen und Schüler werden jetzt mit einem Bus-Shuttle dorthin transportiert. Dabei entstehen dem Land Berlin erhebliche Kosten: In Medienberichten von Mitte Dezember wurden sie auf 6,6 Millionen Euro pro Jahr beziffert.

Raumkonzept nicht zeitgemäß

Abriss und Neubau des Schulgebäudes wären finanziell wohl deutlich günstiger als eine Sanierung. Zudem könnte ein Neubau auch besser auf den prognostizierten Zuwachs der Schülerzahlen im Afrikanischen Viertel reagieren, so argumentiert der Bezirk. Bei einer Sanierung könnten die zusätzlichen Schulplatzkapazitäten durch potenzielle Erweiterungsbauten nicht den Umfang erreichen, die das Planungsgebiet Afrikanisches Viertel benötige. Der Bezirk favorisiert den Komplettabriss aber vor allem, weil dem Betrieb einer Grundschule heutzutage ein völlig anderes Raumkonzept zugrunde liegt als in den 1950er Jahren. Auch die Schulgemeinschaft hat in einer mehrseitigen Stellungnahme die pädagogischen Mängel des Bestandsgebäudes beschrieben und sich eindeutig für einen Neubau ausgesprochen.

Die Nässe kommt von unten

Ein Neubau könnte im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive auch deutlich schneller fertiggestellt sein, als eine Sanierung dauern würde. Die wäre nämlich äußerst aufwändig und absehbar mit einem großen Substanzverlust



des historischen Gebäudes verbunden. Denn das wurde in den 1950er Jahren offensichtlich nicht dauerhaft gegen eindringende Nässe von unten geschützt. Das Gebiet rund um den jetzigen Volkspark Rehberge bestand im 19 Jahrhundert vor allem aus Sümpfen und Dünen. Im Bereich des Schulgeländes zeigen historische Karten einen Entwässerungsgraben, der wohl zu einem größeren Grabensystem gehörte, von dem heute noch der »Schwarze Graben« am nordwestlichen Rand des Volksparks und an der Bezirksgrenze zu Reinickendorf zeugt. In Zeiten, in denen aufgrund des Klimawandels ständig von ausgetrockneten Böden die Rede ist und die Entsiegelung von Flächen in der Stadt gefordert wird, mag die Klage über zu viel Feuchtigkeit im Boden zwar exotisch erscheinen: Es gibt aber dennoch Stellen, wo der Untergrund so beschaffen ist, dass sich dort die vorhandene Nässe im Boden konzentriert. Und nicht überall erreicht diese gleich in Form eines Sees die Oberfläche wie etwa am Plötzensee oder am Möwensee unweit des Schulgeländes.

»Substanzerhalt nicht erfüllbar«

In einer Stellungnahme kommt die Amtsleitung der Serviceeinheit Facility Management des Bezirks Mitte jedenfalls zu folgendem Ergebnis: »Die beschriebene sachgerechte Schimmelpilzsanierung bei großen Schäden der Kategorie III hätte angesichts des anzunehmenden Befallgrades der Baumaterialien einen erheblichen Substanzverlust zur Folge (...). Der Substanzerhalt als zentrales Ziel des Denkmalschutzes ist bei einer sachgerechten Sanierung bei den betroffenen Bauteilen somit kaum noch bis nicht mehr erfüllbar.« Daher könne der Bezirk seiner Verpflichtung nicht gerecht werden, das Denkmal im Rahmen des Zumutbaren instand zu halten und instand zu setzen, es sachgemäß zu behandeln und vor Gefährdungen zu schützen.



mensch.müller stockt auf

Zuwahl der Stadtteilvertretung im Juni

Sie hat auch vor zwei Jahren hervorragend funktioniert: Die »Zuwahl« der Stadtteilvertretung (STV) mensch.müller im Juni 2021 hat, wie erhofft, frischen Wind in die Bürgervertretung des Lebendigen Zentrums Müllerstraße gebracht. Pandemie und Kontaktverbot hatten zwar eine Versammlung in einem geschlossenen Raum verhindert. Aber es klappte auch unter freiem Himmel sehr gut: 24 neue Mitglieder wurden damals neu in die Stadtteilvertretung aufgenommen, in einer zügigen Open-Air-Veranstaltung vor der Schiller-Bibliothek. Eine »Zuwahl« soll in diesem Juni in ähnlicher Weise erneut stattfinden.

Vor zwei Jahren wurde die Anzahl der offiziell registrierten Stadtteilvertreter und -innen des Gebiets durch die Zuwahl auf insgesamt 38 aufgestockt, von denen eineinhalb Jahre später noch etwas mehr als die Hälfte aktiv ist. Das ist für ein ehrenamtlich arbeitendes Gremium der lokalen Bürgerbeteiligung eine sehr gute Arbeitsbasis. In den Statuten von mensch.müller, in denen inzwischen über 13 Jahre Erfahrung stecken, ist geregelt, dass eine Zuwahl alle zwei Jahre stattfinden und dass ein aktives Mitglied der Stadtteilvertretung sich alle vier Jahre einer solchen Zuwahl stellen muss.

Diese Regel ermöglicht also sowohl die Kontinuität der Arbeit der Bürgervertretung als auch deren ständige personelle Regeneration: Denn natürlich ändern sich ständig die Lebensumstände der Mitglieder der STV: Einige ziehen um, andere finden keine Zeit mehr für dieses Hobby und wieder anderen geht vielleicht auch die Motivation aus. Das ist aber keine Schande, sondern ganz normal und in Ordnung und vielleicht sogar eine große Stärke dieser Art der Bürgerbeteiligung: Denn man findet hier auch außerhalb der

24 neue Mitglieder wurden im Juni 2021 neu in die Stadtteilvertretung mensch.müller aufgenommen. Eine ähnliche Zuwahl soll in diesem Juni stattfinden.

Parteien eine Möglichkeit, sich aktiv in demokratische Prozesse einzubringen (die in Berlin gerne sehr bürokratisch verlaufen) und entsprechende Erfahrungen zu sammeln. Für eine demokratische Gesellschaft kann das nur förderlich sein, auch wenn das Engagement nur für eine begrenzte Zeit anhält.

Der eigentliche Wahlakt unter freiem Himmel im Frühsommer soll wieder sehr unkompliziert werden und in Anwesenheit des Bezirksstadtrates für Stadtentwicklung oder gar der Bezirksbürgermeisterin stattfinden. Statt sich langatmige Reden und Vorträge anhören zu müssen, wird also genug Zeit bestehen, untereinander ins Gespräch zu kommen. Bei Regen soll die Veranstaltung unter den ehemaligen BVV-Saal des Bezirks Wedding verlagert werden.

Als Termin ins Auge gefasst ist derzeit der 8. Juni um 19 Uhr, bis zum 1. Juni soll man oder frau die Kandidatur erklären können. Näheres erfahren Sie in der April-Ausgabe der ecke müllerstraße.

Kiezblocks auch im Antonkiez?

Insgesamt 600 Unterschriften für eine nachhaltige Verkehrsberuhigung des Antonkiezes überreichte eine Bürgerinitiative am 31. Januar der zuständigen Bezirksstadträtin Dr. Almut Neumann. Dabei schlugen sie mehrere konkrete und einfach umzusetzende Maßnahmen vor, um den Durchgangsverkehr aus den Straßen im Wohngebiet zu verbannen. An den Kreuzungen Ruheplatz- und Antonstraße sowie Adolf-, Prinz-Eugen- und Plantagenstraße sollen die Autos durch eine diagonal über den Kreuzungsbereich verlaufende Reihe von Pollern zum Abbiegen gezwungen werden. Eine Sperre quer über die Straße sieht die Initiative in der Maxstraße zwischen Scherer- und Antonstraße vor. Darüber hinaus sollen die Antonstraße zwischen Ruheplatz- und Prinz-Eugen-Straße sowie in der Prinz-Eugen-Straße zwischen Anton- und Schulstraße zu Einbahnstraßen werden.

Bezirksstadträtin Dr. Neumann steht solchen Vorschlägen bekanntermaßen offen gegenüber und wird in der BVV dabei von den Grünen, der SPD und den Linken unterstützt. In der Bellermannstraße kann man den ersten Kiezblock des Bezirks bereits besichtigen. Noch in diesem Jahr will der Bezirk Kiezblocks im Brüsseler Kiez und im Sprengelkiez einrichten, insgesamt sind bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2026 zwölf Kiezblocks im Bezirk Mitte vorgesehen.

Pavillon kommt im März

Stadtteilvertretung kritisiert langen Zeitraum seit dem Abbau des Café Leo

Im März soll auf dem Leopoldplatz ein neuer gastronomischer Pavillon eröffnen, der von der »Wendepunkt gGmbH«betrieben wird. Er folgt dem »Café Leo«, das mehr als ein Jahrzehnt lang auf dem Platz die Stellung hielt, im August letzten Jahres aber abgebaut werden musste. Die Stadtteilvertretung kritisiert jetzt die lange Übergangszeit. In dieser hat sich das Drogenproblem vor Ort merklich verschärft.

Ähnlich wie das Kottbusser Tor in Kreuzberg ist auch der Leopoldplatz ein Ort, der auf im Sinne der Mehrheitsgesellschaft gescheiterte Existenzen eine nahezu magische Anziehungskraft auszuüben scheint. Als im Jahr 2011 das Café Leo eröffnete, waren das noch vornehmlich Alkoholiker aus dem Wedding. Später internationalisierte sich die Szene, vornehmlich aus osteuropäischen EU-Gefilden stammende alkohol- und drogenabhängige Obdachlose erkoren den Platz zu ihrem Treffunkt. Vor einigen Jahren trafen sich auf dem Leo heroinabhängige Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten, die aus normalen Flüchtlingsunterkünften herausgeflogen waren. Und inzwischen scheint eine für Berlin neuartige Droge den Ort in ihren zu Griff zu nehmen: Crack.

Das Café Leo war ein Versuch, diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen. Es war das Ergebnis lokaler Bürgerinitiative, sein Betreiber Hussein Ünlü wohnt selbst in der Nachbarschaft und engagierte sich am Runden Tisch Leopoldplatz. Anfangs wurde das Café Leo vom Bezirk unter-



stützt. Dann aber gingen wichtige Fürsprecher des Projekts in Rente und in den Amtsstuben schwand das Verständnis für dessen Besonderheiten. So hat es zumindest den Anschein. Denn das Café Leo war nicht unbedingt an den Bedürfnissen von Mitarbeitern und -innen des Öffentlichen Dienstes orientiert: türkischer Chai statt Caffè Latte und einfache Plastikstühle wie auf dem Campingplatz. Die einfachen Leute des Wedding trafen sich hier, sie sollten durch ihre Präsenz dafür sorgen, dass es der »Szene« nicht gelang, den Leopoldplatz vollends zu dominieren. Das klappte nicht immer.

Ob es mit dem neuen Pavillon jedoch besser gelingt, ist offen. Von der Müllerstraße aus betrachtet, wird er etwas hinter dem alten Café Leo errichtet. Der neue Betreiber, die Wendepunkt gGmbH, ist Trägerin mehrerer sozialer Projekte in vier Berliner Bezirken, allerdings verfügt sie über keine Erfahrung in der Arbeit mit Suchtkranken. Im Wedding betreibt sie die Jugendverkehrsschule und eine Nähwerkstatt in der Gottschedstraße. Auf ihrer Website sucht die Wendepunkt gGmbH jetzt eine oder einen »Barista mit sozialem Engagement« für »ein neues Café auf einem zentralen Platz in Berlin«. Gefordert ist »Qualitäts-Gastronomie plus soziales Engagement«. Über die eigentliche Problematik des Ortes fällt in der Jobbeschreibung kein einziges Wort.

Die Stadtteilvertretung mensch.müller hatte sich auch gegenüber dem Bezirksamt stets für den Erhalt des bestehenden Café Leo eingesetzt und wurde darin auch von der BVV unterstützt. Letztlich konnte sie aber dennoch nicht verhindern, dass nach einer Neuausschreibung der Projektauftrag an einen anderen Bewerber vergeben wurde. Jetzt kritisiert mensch.müller den langen Zeitraum von sieben Monaten zwischen dem erzwungenen Abbau des alten Pavillons und der Eröffnung des neuen. Viele Monate hat es gedauert, bis eine Baugenehmigung für den Neubau vorlag – zumindest in der Zeit hätte das alte Café Leo auch weiterbetrieben werden können.

Denn in diesen Monaten hat sich die Situation am Leo deutlich verschlechtert. Mit Crack ist eine für Berlin neuartige Droge im Vormarsch, auf die die Sozialarbeit noch keine Antwort gefunden hat. Bei klassischen Drogen wie Heroin gibt es Erfahrungswissen, mit welchen Angeboten man in die Szene der Suchtkranken hineinwirken kann, so dass sie zumindest ein Mindestmaß an Regeln einhält. Bei Crack steht das alles noch ganz am Anfang. Das trifft zwar nicht nur den Wedding, sondern insbesondere auch Kreuzberg und Neukölln. Am Leo aber müssten derzeit eigentlich alle Instrumente in Hochbetrieb sein, mit denen unsere Gesellschaft solche Gefahren abwehren kann. cs (siehe auch Seite 2)

Zwar soll ein provisorischer »Food Truck« am Standort des ehemaligen Café Leo die Stellung halten. Der müsste allerdings auch geöffnet sein, Mittwoch mittags um 14 Uhr ist er es jedenfalls nicht. 10 — AUS DEM BEZIRK MITTE — 11

Penny Markt zieht ins Erdgeschoss

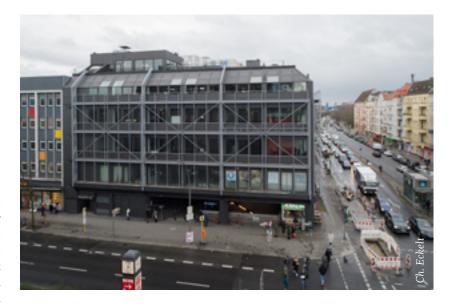
»Leopold-Center« bald wieder mit Discounter

Im Erdgeschoss des »Leopold-Center« an der Ecke Luxemburger und Müllerstraße soll noch in diesem Jahr ein Penny Markt einziehen. Das teilte der Prozesssteuerer des Lebendigen Zentrums Müllerstraße mit. Die im Sanierungsgebiet notwendigen Genehmigungen seien erteilt, im Herbst solle es nach Angaben des Eigentümers so weit sein, man hoffe sogar auf einen früheren Eröffnungstermin schon im Sommer

Das Eckgebäude in der südwestlichen Ecke der großen Straßenkreuzung wird schon seit den Jahren 2017 und 2018 saniert. Im Untergeschoss des rein gewerblich genutzten Hauses befand sich früher ein Plus-Markt, der zur Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner der Umgebung des Leopoldplatzes und des Sprengelkiezes beitrug und von vielen vermisst wird. Zwar gibt es auch im Untergeschoss des gegenüberliegenden Karstadt einen Lebensmittelmarkt, der ist aber preislich klar eine Stufe höher angesiedelt. Die nächsten Discounter befinden sich erst wieder südlich des S-Bahnhofs Wedding (»Schwarzer Netto«) sowie nordöstlich davon (»Roter Netto«), am U-Bahnhof Seestraße sowie an der Reinickendorfer Straße südlich des Nauener Platzes (beide Penny).

Früher waren im Erdgeschoss des Leopoldcenters auch Filialen einer Burger-Kette, einer Großbäckerei sowie des Versandhändlers Quelle untergebracht. Jetzt soll hier der Penny-Markt einziehen, wobei das ehedem von Plus genutzte Untergeschoss als Lagerraum dient. Der Eingang des Penny wird an der Müllerstraße liegen, an der Luxemburger Straße soll neben dem traditionell hier beheimateten Döner-Grill »Kaplan« noch ein weiterer Imbiss Platz finden. Der Eingangsbereich zum U-Bahnhof wird wesentlich kleiner ausfallen als vor der Sanierung und eigentlich nur noch aus einem Korridor hin zur Treppe bestehen. Bei schlechtem Wetter soll er also nicht mehr als Zuflucht für die aktuelle Szene auf dem Leopoldplatz dienen. Vor der Sanierung war das ein ernstes Problem, an manchen Tagen kam man hier nicht mehr durch, ohne nach seinen persönlichen Drogenvorlieben befragt zu werden (»Heroin? Kokain? Gras?«).

Das erste Obergeschoss des »Centers« beherbergt inzwischen eine Zahnarzt-Praxis, der Rest des Gebäudes wird vom Internet-Gebrauchtwagenhändler »heycar« genutzt.



Schankvorgärten auf Parkplatzflächen

Leitfaden des Straßen- und Grünflächenamtes verabschiedet

Der Bezirk Mitte genehmigt auch weiterhin Schankvorgärten auf Parkstreifen am Straßenrand. Gastronomen haben in diesem Jahr also erneut die Möglichkeit, Tische und Stühle im öffentlichen Straßenraum aufzustellen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind. Dazu hat das Bezirksamt Mitte einen neuen Leitfaden beschlossen. Der sieht zum Beispiel vor, dass künftig auch Hochbeete – und nicht mehr nur Schrammborde – als Begrenzungen von Schankvorgärten zulässig sind. Zum anderen regelt der Leitfaden das Aufstellen von Parklets auf bisherigen Parkplatzflächen. Diese müssen der Allgemeinheit zugänglich sein.

Mit dem Leitfaden kommt der Bezirk Mitte dem Wunsch vieler Gastronomen und -innen entgegen und schafft ein transparentes und nachvollziehbares Instrument. Er ist auf der Internetseite des Straßen- und Grünflächenamtes Mitte zu finden, beispielsweise indem man »Berlin-Mitte« und »Schankvorgärten auf Parkplätzen« googelt.

Die Möglichkeit von Schankvorgärten auf öffentlichen Straßen wurde während der Pandemie eingeführt, um Gastronomen einen Ausgleich für die pandemiebedingten Beschränkungen in den Innenräumen zu gewähren. Im Bezirk Mitte sollen sie auch nach Beendigung dieser Einschränkungen Bestand haben. Bezirksstadträtin Dr. Almut Neumann kommentiert: »Gastronomie und Parklets als Orte der Begegnung werten den öffentlichen Raum auf und können die Kieze zu kleinen grünen Oasen machen. Dafür haben wir als Bezirk nun dauerhaft die Möglichkeit geschaffen.«

Der Bezirk stößt an Grenzen

Kampf gegen Wohnungsleerstand mit Hilfe des Zweckentfremdungs-Gesetzes

Der Bezirk Mitte nimmt den Kampf gegen illegalen Wohnungsleerstand sehr ernst. Allerdings stößt er dabei an Grenzen: Insbesondere die lange Verfahrensdauer von Auseinandersetzungen vor den Verwaltungsgerichten und die angespannte Personalsituation in den befassten Ämtern erschweren die effektive Umsetzung des Berliner Gesetzes gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum. Dennoch bittet der Bezirk die Bevölkerung um Hinweise auf Wohnungsleerstand oder anderweitige Zweckentfremdungen.

Fast jedes Verfahren landet vor Gericht

Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte hat im vergangenen Juni das Bezirksamt Mitte dazu aufgefordert, einen »Masterplan gegen Leerstand« zu vorzulegen. Das Gremium aus der Bezirksbürgermeisterin und den fünf Bezirksstadträten bzw. -innen hat dem Bezirksparlament jetzt geantwortet.

In dem Beschluss vom 31.1.2023 versichert die Bezirksbürgermeisterin, dass Mitte den vorgegebenen gesetzlichen Rahmen so weit wie möglich ausnütze. »Dieser Weg ist allerdings langwierig, da fast jedes Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Berlin und in zweiter Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg landet. Dies dauert aufgrund der stark belasteten Gerichte zwischen 2 und 6 Jahren und spielt leider gerade den Spekulanten in die Hände«, so teilt Stefanie Remlinger mit. Bei stark heruntergekommen Wohngebäuden habe es sich zudem als sinnvoll erwiesen, nicht nur das Zweckentfremdungsge-



setz, sondern auch das Wohnungsaufsichtsgesetz anzuwenden. Dann wird nicht nur der Bereich Zweckentfremdung im Amt für Bürgerdienste aktiv, sondern auch das Stadtentwicklungsamt. »Bußgelder sollten von beiden Bereichen [...] gemeinsam erlassen werden, um die Höhe des Bußgeldes in die Höhe zu treiben.«

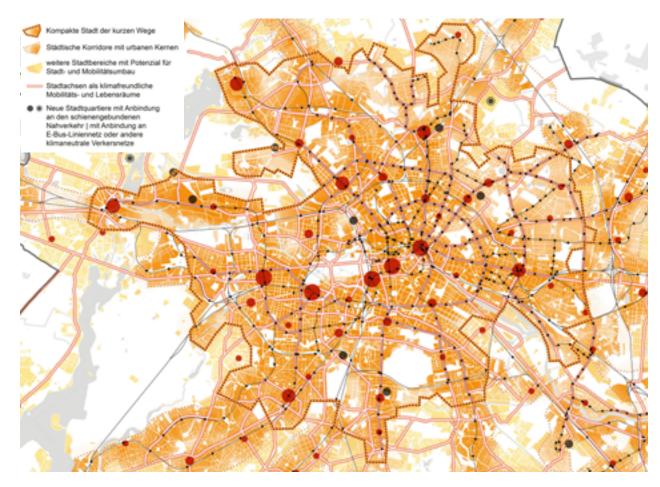
Verfassungsgericht bestätigte Zweckentfremdungsgesetz

Die Personalausstattung im Bereich Zweckentfremdung sei derzeit zudem angespannt. Von elf »Vollzeitäquivalentstellen« (VZA) waren im Januar 2023 fünf unbesetzt und eine nur in Teilzeit besetzt: »Eine befindet sich in der Ausschreibung, eine weitere Kollegin hat uns Ende 2022 verlassen, eine Kollegin hospitiert bei FM (Facility Management, Anm. d. Red.) und möchte die Abteilung verlassen, eine Kollegin befindet sich bis Ende 2023 in Elternzeit und eine Kollegin (Teilzeit) fällt aufgrund von Krankheit seit über einem Jahr aus.«

Mittelfristig strebe das Bezirksamt, so führt Frau Remlinger weiter aus, eine komplette Stellenbesetzung im Bereich Zweckentfremdung an. »Dadurch soll eine zeitnahe Bearbeitung und Beantwortung von Anfragen, Anträgen und Hinweisen sowie eine schnellstmögliche Umsetzung des Urteils des BVerfG bzw. OVG ermöglicht werden. « Das Bundesverfassungsgericht hat im vergangenen Jahr eine Vorlage des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg zurückgewiesen, nach der das Berliner Zweckentfremdungsgesetz verfassungswidrig sein sollte, und dabei die Rechtsauffassung des Bezirks Mitte bestätigt.

Hinweise bitte mit genauen Angaben versehen

Generell können Hinweise zu möglichem Leerstand oder anderweitiger Zweckentfremdung von Wohnraum über folgende Seite getätigt werden: ssl.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/zweckentfremdung wohnraum/formular/adresswahl.shtml (man kann auch z.B. »Berlin Zweckentfremdung melden« googeln). Die übermittelten Adressen werden dann im Rahmen der bestehenden Kapazitäten überprüft. Dabei sind möglichst genaue Angaben zur Wohnungslage (Vorderhaus, linker oder rechter Seitenflügel, Quergebäude, etc.; Etage; links, Mitte oder rechts bei Blickrichtung vom letzten Treppenabsatz im Treppenhaus aus) sowie - wenn möglich - auch die Nennung von Eigentümern bzw. -innen oder Mietern bzw. -innen erforderlich. Eine Antwort kann jedoch aus datenschutz- und persönlichkeitsrechtlichen Gründen dem oder der Hinweisgeber/in nicht rückübermittelt werden. Stattdessen verweist die Bezirksbürgermeisterin auf die regelmäßige Unterrichtung des zuständigen BVV-Ausschusses in nicht-öffentlicher Sit12 — AUS DEM BEZIRK MITTE — 13



»Kompakte Stadt der kurzen Wege«

Der neue »StEP Klima 2.0« offenbart die drastische Abkehr von der »autogerechten Stadt«

Die Grundlagen der Stadtentwicklung Berlins sind in fünf Stadtentwicklungsplänen (abgekürzt: »StEP«) niedergelegt. Es gibt den StEP Wohnen, den StEP Wirtschaft, den StEP Verkehr, den StEP Zentren – und seit dem Jahr 2011 auch den StEP Klima. Ende Dezember 2022 wurde vom Senat dessen aktualisierte Variante »StEP Klima 2.0« beschlossen. Er enthält wichtige Aussagen über die Entwicklungsperspektiven der einzelnen Teilgebiete Berlins. Zudem offenbart er, wie grundlegend sich in den letzten Jahrzehnten das Denken in der Stadtentwicklung geändert hat.

Der »StEP Klima 2.0« soll aufzeigen, wo und wie Berlin klimaschützend wachsen kann und wie und wo sich die Stadt auf die Folgen des Klimawandels einstellen muss. Der Plan beschreibt in fünf Handlungsansätzen räumlich und mit Hilfe von Karten, wo welche Prioritäten zur Klimaanpassung gesetzt werden. Der Handlungsansatz eins, der im Folgenden vorgestellt wird, heißt: »Mit kurzen Wegen das Klima schützen«. Die anderen vier Ansätze be-

schäftigen sich mit dem notwendigen Umgang mit den Folgen der Klimaerwärmung wie der Anpassung der Stadt an Hitzebelastung, der Klimaoptimierung von Grünflächen, dem Umgang mit Gewässern und Kleingewässern sowie dem Überschwemmungsschutz.

Überall ist Mischgebiet

Im Handlungsansatz der »kurzen Wege« geht es nur vordergründig um den Verkehr in der Stadt. Tatsächlich manifestiert sich hier die drastische Abkehr vom alten Leitbild der »autogerechten Stadt«, das seit der Nachkriegszeit das Denken im Bereich Stadtentwicklung beherrschte und auch heute noch unser Städtebaurecht grundlegend prägt. Seit den 1980er Jahren ist die »Stadt der kurzen Wege« das akademische Gegenmodell dazu.

Die autogerechte Stadt dachte man sich aus Stadtquartieren mit unterschiedlichen, klar getrennten Funktionen, die großen Autostraßen miteinander verbanden: hier Wohnen, da einkaufen und Freizeit genießen, dort (Büro-)arbeiten, irgendwo dazwischen Bildung und zumeist am Rand (und möglichst nahe der Autobahn) Güter produzieren. Die Menschen pendeln mit ihrem Automobil auf gut ausgebauten Straßen zwischen diesen Gebieten.

Statt dieser funktional getrennten Stadt ist in der »kompakten Stadt« die räumliche Trennung von Arbeit, Wohnen und Konsumieren aufgehoben. Überall ist Mischgebiet, sozusagen. Die industrielle Produktion materieller Güter findet im urbanen Raum idealerweise gar nicht mehr statt, zumindest so lange sie mit Emissionen, erhöhtem Güterverkehr oder besonderen Gefahren verbunden ist –

Produktentwicklung und Software-Engineering sind natürlich erlaubt. Riesige hochautomatisierte Produktionsanlagen jedoch sind nicht kompakt, denn sie benötigen sehr viel Platz bei relativ wenigen Beschäftigten und erzeugen viel Verkehr.

Privilegierter Stadtraum

Im neuen StEP Klima tritt der Begriff der »kompakten Stadt der kurzen Wege« zudem an die Stelle ansonsten gebräuchlicher Ausdrücke wie »Innenstadt« oder »innere Stadt«. Er beschreibt also eine privilegierte Zone verdichteter Urbanität. Als »kompakte Stadt der kurzen Wege« wird dabei der Teil des Stadtraums definiert, der gut an das Schienennetz des öffentlichen Nahverkehrs angeschlossen und gleichzeitig kompakt bebaut ist. In dieser Zone soll die bauliche Entwicklung und Qualifizierung künftig konzentriert werden, um unnötige Verkehrswege zu vermeiden und die Auswirkungen auf das Klima zu minimieren. Viel deutlicher könnte die Abkehr vom Leitbild der autogerechten Stadt kaum vollzogen werden.

Dieser privilegierte Stadtraum der »kompakten Stadt der kurzen Wege« erstreckt sich im StEP Klima weit über den S-Bahn-Ring hinaus, der bislang zumeist als Grenze der inneren Stadt angesehen wird. Im Norden reicht die kompakte Stadt bis in die Altstadt von Tegel und bis zum U- und S-Bahnhof Wittenau (nicht aber bis ins Märkische Viertel), im Süden bis nach Britz, Alt-Mariendorf und Steglitz (nicht aber bis in die Gropiusstadt). Und in westlicher Richtung erstreckt sie sich über Siemensstadt und Haselhorst hinweg bis zum Bahnhof Spandau und zur Spandauer Altstadt. Auffällig ist: Die Großsiedlungen in Stadtrandlage – gewissermaßen die steingewordene »autogerechte Stadt« - gehören nirgendwo zur »kompakten Stadt«, selbst wenn sie an das Berliner Schienennetz angebunden sind. Und auf der anderen Seite sind in die Zone der kompakten Stadt bemerkenswert viele Industrieflächen einbezogen. Offenbar werden auf diesen Flächen Potenziale für die Entwicklung und Qualifikation der kompakten Stadt vermutet.

Kein Wunschdenken, sondern Marktrealität

Ein gutes Beispiel für so eine Qualifikation ist die Planung für die Entwicklung der Siemensstadt in Spandau: Da wird ein altes Industriegelände von einem High-Tech-Konzern in ein zeitgemäßes Stadtviertel verwandelt, in dem sowohl Wohnen als auch Arbeiten (vor allem Forschen und Entwickeln) und Freizeit stattfindet: die kompakte Stadt der kurzen Wege auf Mikroebene sozusagen. Die klassische Produktion spielt dabei keine Rolle. Im Gegenteil: Der Weltkonzern baut in seinem benachbarten Schaltwerk gerade etwa 400 klassische Industriearbeitsplätze ab.

Auch in Mitte finden sich Beispiele für eine solche kompakte Stadtentwicklung: Auf dem Gelände des ehemaligen Postfuhramtes an der Köpenicker Straße zum Beispiel entstehen Bürogebäude und Wohnhäuser nebeneinander. Am Leopoldplatz hat der Eigentümer zusammen mit dem Bezirk gerade einen Wettbewerb ausgelobt, um das Warenhaus vor Ort zukunftsfähig zu halten und mit Wohnen, Büros und Räumen für soziale Projekte anzureichern. Und in Moabit können wir in der »Europa-City« kritisch begut-

achten, wie die ersten Ansätze der kompakten Stadt in Berlin umgesetzt wurden (es fehlt zum Beispiel aus heutiger Sicht definitiv ein S-Bahnhof). Das zeigt auch deutlich: Die »kompakte Stadt« ist in der Realität bereits angekommen. Der »StEP Klima 2.0« ist nicht Wunschdenken, sondern Beschreibung realer Kräfte in der Stadtentwicklung. Das private Kapital oder, wenn man so will, »der Markt« folgt dem neuen Leitbild bereits.

»Stadtachsen« statt »Hauptverkehrsstraßen«

Bemerkenswert an der Neufassung des StEP Klima ist auch dessen Umgang mit den Hauptverkehrsstraßen Berlins. Denn der Entwicklungsplan übernimmt nicht einfach das übergeordnete Straßennetz der Stadt in seine Planung, sondern beschränkt sich auf »Stadtachsen«, die er zu »klimafreundlichen Mobilitäts- und Lebensräumen« entwikkeln will. Dazu gehören zum Beispiel in der Nördlichen Luisenstadt die Achse aus Brücken- und Heinrich-Heine-Straße, nicht aber die Köpenicker Straße und der Engeldamm. Die Straße Alt-Moabit ist als Stadtachse eingezeichnet, die Turmstraße nicht. Und auch im Wedding ist das bisher übergeordnete Straßennetz der Stufen III (örtliches Straßennetz) und IV (weitere Straßen von besonderer Bedeutung) im Netz der »Stadtachsen« nicht mehr präsent. Dazu gehören beispielsweise die Transvaalstraße oder die Schönwalder Straße, aber auch die ultrabreite Sellerstraße ist hier nicht mehr aufgeführt.

Diese Beschränkung birgt eine gewisse Brisanz. Nicht nur im Bezirk Mitte lässt sich bei diesen »örtlichen« und »weiteren« Hauptverkehrsstraßen in der Vergangenheit eine erhöhte Verwaltungsaktivität konstatieren. Denn hier überschneiden sich die Zuständigkeiten von Bezirk und Senat manchmal geradezu in grotesker Form - man stritt sich wie in der Turmstraße zum Beispiel gerne und ausgiebig darüber, wer für die Anbringung welcher Schilder verantwortlich ist. Solche Straßen werden von der Bevölkerung zudem politisch meist in der Zuständigkeit der Bezirke verortet und als »Kiezstraßen« angesehen. Die Bezirke geraten folglich unter den Druck nachbarschaftlicher und stadtbürgerlicher Initiative, können aber nur auf die tatsächliche Zuständigkeit der Senatsverwaltung verweisen, die sich um lokale Befindlichkeiten meist nicht schert. Das führt zu erhöhtem Schriftverkehr zwischen den Verwaltungsebenen untereinander sowie zwischen der Verwaltung und den Bürgern. Und bindet Arbeitskraft, die für andere Aufgaben nutzbringender eingesetzt werden könn-

Wenn der Senat unmittelbar nur noch für die im StEP Klima ausgewiesenen »Stadtachsen« zuständig wäre und die Personalausstattung der bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter entsprechend aufgestockt würde, dann ergäbe sich ein relativ gut kommunizierbares Stück »Verwaltungsreform«.

www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungs-planung/de/klima

Mitte könnte davon kommen

In den meisten Bezirken verursacht die »Wiederholungswahl« demokratisches Chaos

Zwar ging der Wahlakt diesmal ohne Probleme über die Bühne. Dafür dürfen sich die Bezirke jetzt mit riesigen Problemen durch den Rest der Wahlperiode schleppen. Den Bezirk Mitte hat es dabei noch vergleichsweise milde erwischt.

Auch hier kam es zu deutlichen Verschiebungen des Wahlergebnisses. In der BVV ist die CDU jetzt die zweitstärkste Fraktion, sie hat gegenüber 2021 vier Sitze hinzugewonnen und stellt jetzt 12 Bezirksverordnete. Zwei Sitze musste ihr die SPD, weitere zwei die FDP abgeben. Die alte Zählgemeinschaft aus Grünen und SPD, die erst im Oktober des vergangenen Jahres Stefanie Remlinger zur Bezirksbürgermeisterin wählte, hätte aber mit 28 Stimmen noch eine Mehrheit in der BVV.

Frau Lasić könnte für Ordnung sorgen

Wäre es eine reguläre Wahl gewesen, dann müsste die SPD einen Sitz im Bezirksamt an die CDU abtreten. Dazu könnte es tatsächlich kommen: Im Oktober wurde auch Maja Lasić auf Vorschlag der SPD zur Bezirksstadträtin gewählt. Sie war bis zur Wahl 2021 die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus gewesen, verlor aber ihr Mandat, weil die SPD zwei Wahlkreise in Mitte direkt gewann. Die gingen am 12. Februar an die CDU, so dass Maja Lasić an der Spitze der SPD-Bezirksliste wieder ins Abgeordnetenhaus einziehen könnte. Falls sie das tut, würde ihr Sitz im Bezirksamt wieder frei. Das Anrecht, einen personellen Vorschlag für ihre Nachfolge zu unterbrei-



ten hätte dann wie gesagt die CDU. Mitte wäre dann demokratietechnisch aus dem Schneider: Die Kräfteverhältnisse im Bezirksamt würden denen in der BVV wieder entsprechen, die Legitimität des höchsten Entscheidungsorgans wäre also hergestellt.

Bezirke in der Demokratie-Krise

In fast allen anderen Berliner Bezirken wird es nicht so glatt laufen (und es ist beim Verfassen dieses Artikels auch nicht gesagt, dass es das in Mitte tut). Denn nach §35 des Bezirksverwaltungsgesetzes sind die Mitglieder des Bezirksamts »für die Dauer der Wahlperiode« gewählt. Und anders als bei einer regulären Wahl hat die »Wiederholungswahl« vom 12. Februar die aktuelle Wahlperiode nicht beendet. Das Abgeordnetenhaus hätte sie freilich beenden können, wenn es sich mit Zweidrittelmehrheit aufgelöst hätte wie in einem ähnlich gelagerten Fall 1993 die Hamburger Bürgerschaft. In Berlin haben aber weder die Regierungsparteien noch die Opposition die Selbstauflösung des Parlaments gefordert.

Deshalb gibt es jetzt diesen Widerspruch zwischen Legalität und Legitimität. Ganz legal, also im Einklang mit dem Gesetz, bleiben die alten Bezirksämter im Amt, die am Anfang der Wahlperiode unter den alten Mehrheitsverhältnissen gebildet worden waren. Das widerspricht aber den demokratischen Ansprüchen, erscheint also den meisten Menschen nicht als legitim. Wenn sich die Bezirksämter freiwillig neu konstituieren würden, offenbarten deren Mitglieder zwar demokratische Gesinnung, verzichteten aber auf finanzielle Ansprüche und Absicherung. Mit Zweidrittelmehrheit könnten die BVVen sie auch abwählen. Dazu müssten ganze Fraktionen aber freiwillig auf Macht verzichten – und das widerspricht sehr grundsätzlich dem demokratischen Auftrag der Parteien, mit legalen Mitteln institutionelle Macht zu erobern.

Rettet uns das Bundesverfassungsgericht?

In fast jedem Bezirk hätte die CDU durch dieses Wahlergebnis den Anspruch auf einen zusätzlichen Posten im Bezirksamt. Und oft auch die besten Chancen, den künftigen Bezirksbürgermeister (bzw. -meisterin) zu stellen. Das ist den Christdemokraten nach dem September 2021 in keinem einzigen Bezirk gelungen. Jetzt aber verfügt die CDU in neun von zwölf Berliner Bezirken über eine einfache Mehrheit in der BVV und säße damit sozusagen in der Pole-Position im Rennen um den Bezirksbürgermeister. In drei dieser Bezirke (Spandau, Reinickendorf, Marzahn-Hellersdorf) könnte es keine demokratischen Zählgemeinschaften ohne die CDU geben. Regulär wäre dort der CDU dieses Amt also kaum zu nehmen, ein Schwebezustand, der umso mehr Schaden verursacht, je länger er andauert.

Möglicherweise schreitet das Bundesverfassungsgericht noch ein, dessen Entscheidung über die Wahlwiederholung in Berlin ja noch aussteht. Ansonsten droht sich die Krise in den Bezirken noch bis zur regulären Neuwahl im Jahr 2026 hinzuziehen. Und das wäre gar nicht gut für Berlin





Informationen und Dokumentationen zum Lebendigen Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de



Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe

Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin (030) 90 18-446 00 ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin Fachbereichsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106, (030) 90 18-458 46 stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin Sprechzeiten: Di 9–12 Uhr, donnerstags, 15.00–18.00 Uhr stadtplanung@ba-mitte.berlin.de Gruppenleiter: Matthias Rogge (030) 90 18-436 32 <u>Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet</u> <u>Müllerstraße</u>

Gonzalo Milcoff (030) 9018 45409 gonzalo.milcoff@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement

Jahn, Mack und Partner Wilhelm-Kabus-Straße 74, 10829 Berlin Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28 Marcel Göbel (030) 857 57 71 39 muellerstrasse@jahn-mack.de www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement

Jahn, Mack und Partner Wilhelm-Kabus-Straße 74, 10829 Berlin Martina Trapani (030) 857 57 71 38 M.Trapani@jahn-mack.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße

Vor-Ort-Büro Triftstraße 2 menschmueller@stadtteilvertretung.de www.stadtteilvertretung.de Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de

Runder Tisch Leopoldplatz

Sanierungsgebietsgrenze

Frau Castelot Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin (030) 90 18-322 50

Quartiersmanagement Pankstraße

Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin (030) 74 74 63 47 qm-pank@list-gmbh.de www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez

Sprengelstraße 15, 13353 Berlin (030) 20 06 78 85 info@runder-tisch-sprengelkiez.de www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding

für Bewohner der Milieuschutzgebiete Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße sowie des Sanierungsgebietes Müllerstraße Mo 10–12 Uhr, telefonisch: (030) 44 33 81-11 und Do 16–18 Uhr im Vor-Ort-Büro Triftstraße 2 www.mieterberatungpb.de team-wedding@mieterberatungpb.de







BILDECKE



ECKENSTEHER

Was ist eigentlich Ihr Problem?

Nun haben wir also auch die Wiederholungswahl hinter uns gebracht, mitten im Februar. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich finde, der Februar ist der am schwersten zu ertragende Monat in Berlin. Die dicken Winterklamotten lasten auf dem Körper wie die tiefhängenden Wolken auf dem Gemüt, es gibt viele Tage, an denen man nicht einen einzigen Sonnenstrahl sieht, dann changiert der Himmel bloß von dunkelgrau über etwas heller bis wieder dunkelgrau und dann schwarz

An einem jener Tage fiel mein Blick auf eines der zahllosen Wahlplakate, die wieder überall hingen. Es war das Plakat einer Satirepartei, darauf stand: »Ganz Berlin hasst die Politik«.

Genau, dachte ich, denn an solchen Februartagen hasst man sowieso so gut wie alles: den Februar, die Kälte, die Nässe, den trüben Himmel, aus dem es ab und an sprühnieselt. Man hasst die miesepetrigen Gesichter in der U-Bahn und noch mehr hasst man jene Leute, die mit penetrant guter »Ich dusche jeden Morgen kalt«-Laune ihre Überlegenheit demonstrieren. Man hasst die Pullover, Jacken, Mützen, Schals, in die man sich einpacken und aus denen man sich am Ankunftsort mühsam wieder pellen muss. Man hasst den Blick aufs Konto, weil der einen an so hässliche Dinge wie Inflation und die nächste Betriebskostenabrechnung denken lässt und an die gedrosselte Hei-

zung. Genaugenommen hasst man im Februar so ziemlich alles, außer das eigene Bett, in dem man sich nur zu gern zum Winterschlaf verkriechen möchte. Warum dann nicht auch »die Politik«.

Dann fiel mein Blick auf ein anderes Plakat der Satirepartei, darauf stand »Was ist eigentlich Ihr Problem?« Ha! Genau das wollte ich in den letzten Wochen auch immer fragen, wenn in manchen Medien das große Berlin-Bashing gepflegt wurde. Glaubte man denen, dann war die Stadt zwar kein »failed state«, so doch eine »failed capital«; wenn schon keine Bananenrepublik, so doch eine geradezu schrottreife Bananenmetropole. (Großbritannien hat übrigens in den letzten sechs Jahren fünf Premierminister erlebt, und Israel hat innerhalb von vier Jahren fünfmal neu gewählt - das nur mal am Rande.) Fragt sich auch, warum dann all die westdeutschen Töchter und Söhne gutbürgerlicher Familien in den ach so verkommenen Sündenpfuhl streben, um hier in sehr teuren Karnickelställen zu hausen - weil man am Kotti ungestraft in die Ecke pinkeln und in Neukölln rund um die Uhr laut Party machen kann und das Koks per Kurier kommt? (Erwähnte ich eigentlich schon, dass ich auch das wohlfeile mediale Berlin-Bashing hasse?)

Gottseidank ist die Stadt, müsste man sie philosophisch einordnen, eher der antiken griechischen Schule der Stoizisten zuzurechnen. Stoisch wurschtelt sich der gemeine Berliner durch seinen Alltag und macht sein Ding, ohne sich von höherbestimmten Widrigkeiten allzu sehr aus dem Konzept bringen zu lassen. Deshalb funktioniert sie immer noch. Dafür liebe ich diese Stadt.

Den wahrscheinlich realistischsten Wahlslogan fand ich dann in Moabit. Auf einer Hauswand stand: »Suchet der Stadt Bestes und betet für sie zum Herrn.«

War aber kein Wahlslogan, sondern das Haus der Stadtmission. Und bald ist Frühling. us